

Aufstieg und Fall der Demokratien

In den frühen 1990er Jahren schien die Welt dabei, sich in einen ausgesprochen idyllischen Ort zu verwandeln. Der Kalte Krieg, der das Überleben der gesamten Menschheit gefährdet hatte, war vorbei. Die westlichen Demokratien hatten gewonnen. Ihr Gegner, die Sowjetunion, war zerbrochen. Die Bruchstücke, ein gutes Dutzend neuer Staaten in Osteuropa und dem Norden Asiens, schienen auf dem Weg, sich zu Demokratien nach westlichem Vorbild zu entwickeln.

1992 veröffentlichte der amerikanische Philosoph Francis Fukuyama ein vielbeachtetes Buch mit dem Titel „The End of History and the Last Man“. Was die Menschheit erlebe, hieß es darin, sei tatsächlich nicht nur das Ende des Kalten Krieges. Offenbar kämen vielmehr nun die Auseinandersetzungen um die bestmögliche Staats- und Regierungsform überhaupt zu einem Abschluss. Denn die liberale Demokratie nach westlichem Muster sei dabei, sich universell zu etablieren.¹

Und in der Tat: Nicht nur waren die kommunistischen Diktaturen des Ostblocks zusammengebrochen. Eine Welle der Demokratisierung hatte auch Lateinamerika und Afrika erfasst. Sozialistische und kommunistische Regimes weltweit konnten nicht mehr auf Hilfe von der Sowjetunion bauen. Auf der anderen Seite gab es für die USA und ihre Verbündeten keinen Grund mehr, autoritäre Herrscher weiter zu stützen, weil diese Antikommunisten waren. Die einzige verbliebene Supermacht, die Vereinigten Staaten, förderte während der 1990er Jahre auf dem gesamten Globus Demokratisierungsprozesse. Auf der ganzen Welt brachen Diktaturen zusammen. Überall, so schien es, triumphierte die Demokratie. Noch verbliebene autoritär regierte Staaten wie China wirkten wie ein Anachronismus, letzte Überbleibsel einer vergangenen Epoche, die bald ebenfalls

1 Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, New York 1992. Die deutsche Übersetzung des Buchs erschien im selben Jahr unter dem Titel „Das Ende der Geschichte“.

von der Welle der Demokratisierung hinweg gespült werden würden.

Fünfundzwanzig Jahre später haben diese Erwartungen sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: Es sieht so aus, als ob auf die demokratische Springflut Ebbe gefolgt ist. In vielen Ländern liefen die mit großen Hoffnungen begrüßten Demokratisierungsprozesse der frühen 1990er Jahre ins Leere. In weniger als der Hälfte der Staaten, in denen solche Prozesse mit dem Ende des Kalten Krieges begannen, gelang eine langfristige demokratische Entwicklung. Das Russland Wladimir Putins ist nur das offensichtlichste Gegenbeispiel einer Rückkehr zu autoritären Strukturen. Auch die in den „arabischen Frühling“ 2010 gesetzten großen Hoffnungen wurden in nahezu allen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens bitter enttäuscht. China zeigt keinerlei Anzeichen von Demokratisierung. Währenddessen nimmt der weltweite Einfluss der chinesischen Diktatur in rasantem Tempo zu und beginnt den der USA auszustechen, während Russland mit zunehmendem Erfolg die Stabilität und Einheit des Westens unterminiert.

Die Vereinigten Staaten haben sich derweil von der Rolle eines weltweiten Förderers von Demokratisierung wieder verabschiedet. Bereits nach den Anschlägen des 9. September 2001 verschoben sich ihre Prioritäten auf die Selbstverteidigung gegen ein global agierendes islamistisches Terrornetzwerk. In den letzten Jahren hat zudem die einseitige Wahrnehmung eigener Wirtschaftsinteressen für die US-Außenpolitik beträchtlich an Bedeutung gewonnen. Unter dem amtierenden amerikanischen Präsidenten spielt die Verbreitung von Demokratie selbst rhetorisch kaum noch eine Rolle.

Der Zusammenhalt der westlichen Demokratien wird allerdings nicht nur jenseits des Atlantiks durch den Aufstieg nationalegoistischer Politik bedroht. Auch in der Europäischen Union haben nationalistische und populistische Bewegungen während der letzten Jahre zahlreiche Anhänger und Einfluss gewonnen. Die Akzeptanz demokratischer Werte durch diese Bewegungen, die sich verdeckter Unterstützung aus Russland erfreuen, kann zumindest bezweifelt werden. Selbst in den ältesten Demokratien Westeuropas fordern sie mittlerweile etablierte Politikmuster heraus. In Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wie Ungarn oder Polen betreiben nationalistische Regierungen nach Ansicht vieler Beobachter bereits einen Abbau demokratischer Strukturen.